

## Interview mit Susanne Schattenberg "Putin fürchtet die EU nicht"

Osteuropa-Expertin Susanne Schattenberg über das angespannte Verhältnis zwischen Brüssel und Moskau

VON MARIO NAGEL

---

Frau Schattenberg, warum ist das Verhältnis zwischen der EU und Russland zurzeit so eisig?

Susanne Schattenberg: Das hat viele Gründe und liegt grundsätzlich an der Herangehensweise von Wladimir Putin zur Außenpolitik. Er benutzt sie immer wieder für innenpolitische Zwecke, um zu zeigen, dass Russland ein starker Staat ist und um die Bevölkerung hinter sich zu vereinen. So kann er von eigenen Problemen im Land ablenken. An der Außenpolitik an sich ist er weniger interessiert. Das macht die Verständigung zwischen EU und Russland so schwierig. Dazu vertritt Putin die Ansicht, dass alles, was der Westen macht, ohnehin gegen Russland gerichtet ist.

Welche Rolle spielt die Inhaftierung des Kremlkritikers Alexej Nawalny?



Der Fall Nawalny trifft vor allem uns Deutsche ins Herz, weil unser westliches Verständnis von Freiheit und Demokratie mit Füßen getreten wird. Doch es geht nicht nur um Nawalny, sondern auch um mehrere Mordanschläge auf ehemalige russische Agenten. Einer davon geschah ja im Tiergarten und damit direkt vor unserer Tür. Da hat die Bundesregierung gemerkt, dass sie von der russischen Regierung gewissermaßen missbraucht wird. Das Verhältnis ist aber nicht erst seit dem Nawalny-Vorfall angespannt, sondern seit der Krim-Annexion 2014.

Wie bewerten Sie die gerade erlassenen Sanktionen der EU gegen Russland?

Susanne Schattenberg ist Direktorin der Forschungsstelle Osteuropa und Professorin für Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas an der Universität Bremen.

Konkrete Personen, die für die Verurteilung Nawalnys und die Niederschlagung der Proteste verantwortlich sind, mit Einreiseverboten zu sanktionieren und deren Vermögen einzufrieren, ist sicher maßvoll, zielgerichtet und der richtige Weg. Ein schönes Zeichen wäre es gewesen, gleichzeitig für die russische Bevölkerung visafreies Reisen in die EU zu ermöglichen. So hätte signalisiert werden können, dass die Sanktionen nur gegen Moskaus demokratiefeindliche Politik gerichtet sind. Damit würde es für den Kreml schwierig werden, der eigenen Bevölkerung vorzumachen, der Westen habe sich gegen Russland verschworen.

Trotz der Sanktionen soll das Projekt Nord Stream 2 umgesetzt werden. Welche Rolle spielt die Gas-Pipeline?

Was in den Hinterzimmern oder inoffiziellen Gesprächen verhandelt wird, kann ich nicht beurteilen. Nord Stream 2 ist nicht der Hauptkriegsschauplatz, wird aber immer wieder Thema, wenn sich die Beziehungen verschlechtern.

Es gibt bereits Förderwege über die Ukraine. Nord Stream 1 ist in der Ostsee seit einem Jahrzehnt in Betrieb. Wie wichtig ist die neue Pipeline überhaupt?

Die Pipeline ist politisch nicht zu befürworten, weil Russland durch Umgehung der Ukraine, Belarus und Polens ein Druckmittel in die Hand bekommt. Sie aber nur aufgrund der Nawalny-Verurteilung nicht in Betrieb zu nehmen, halte ich für den falschen Weg. Man würde zwar Putin treffen, müsste sich gleichzeitig aber dem Fracking-Gas der USA zuwenden. Das kann nicht die Lösung sein.

Bundespräsident Steinmeier hat gesagt, dass die Energiebeziehungen fast die letzte verbliebene Brücke zwischen Europa und Russland seien. Wie stehen Sie dazu?

Ich finde die Aussage extrem problematisch. Durch das Nord-Stream-Projekt fallen in den osteuropäischen Ländern die Transitgebühren weg, für sie geht es also um viel Geld. Der Bundespräsident hat auf den Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion hingewiesen und, dass man aus historischen Gründen das größere Bild nicht aus den Augen verlieren dürfe. Doch die Sowjetunion war nicht nur Russland, sondern auch das Baltikum, Belarus und die Ukraine gehörten dazu, die als Erste von der Wehrmacht überrollt wurden und in derer Schuld Deutschland genauso steht. Genau diese Länder geraten durch Nord Stream wieder in die Frontlinie. Deutschland muss sich laut Steinmeier gut mit Russland stellen. Ja, aber eben auch die Ängste der anderen Länder ernst nehmen.

Trotz der Unstimmigkeiten wird auch geprüft, ob der russische Impfstoff Sputnik V in der EU zugelassen wird. Wie passen die Sanktionen auf der einen und die wirtschaftlichen Interessen auf der anderen Seite zusammen?

Ich finde es wichtig, dass es gerade, wenn auf politischer Ebene nichts mehr läuft, auf anderen Ebenen weitergeht. Das war schon im Kalten Krieg so: Trotz der Politik wurden hier gute Deals von der kommunistischen UdSSR mit dem kapitalistischen Westen gemacht. Grundsätzlich ist es zu befürworten, dass bei politischen Differenzen nicht automatisch die Wirtschaftsbeziehungen gekappt werden. Mit Blick auf den Impfstoff: Die Forschung in Russland ist herausragend, die Voraussetzungen für die Naturwissenschaftler sind genauso gut wie im Westen. Der Impfstoff muss zwar geprüft werden, kann dem Westen aber helfen. Da wäre es dumm, sich aus politischen Gründen abzuschotten.

Hauptsache eine klare Kante gegen Russland: So könnte man die Osteuropa-Politik der EU bezeichnen. Warum versuchen vor allem die westlichen Mitgliedstaaten der EU nach wie vor, eine harten Kurs gegen Russland zu fahren?

Ich habe oft den Eindruck, dass es eher die ostmitteleuropäischen Länder sind, die fordern, dass man sehr rigide gegen Russland auftritt. Vor allem Polen und das Baltikum haben dafür gesorgt, dass die EU geschichtspolitische Themen auf die Agenda gesetzt hat: Zum Beispiel 2019 die Deklaration zum Hitler-Stalin-Pakt, nach der der Kommunismus genauso schlimm war wie der Nationalsozialismus. Das hat Russland empört.

Welche Erwartungen haben Sie an das Verhältnis zwischen Russland und der EU in der Zukunft?

Solange Putin da ist, wird das Verhältnis problematisch bleiben. Es braucht auf russischer Seite ein Interesse, sich mit der EU zu verständigen. Momentan widerspricht das der eigenen Machtstrategie, weshalb die EU auf Granit beißt. Putin fürchtet die EU nicht und reagiert schnell auf alles, was seine Macht gefährden könnte.

Inwieweit spürt die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen die Folgen des angespannten Verhältnisses?

Wir haben zwar mehr mit Corona zu tun, das derzeit Archivreisen nach Russland für Doktoranden verhindert. Tatsächlich spüren wir das angespannte Verhältnis aber schon seit 2014. Seither ist es schwieriger geworden, mit ukrainischen und russischen Partnern gemeinsam zu arbeiten. Da sich Wissenschaftler, die Geld aus dem Ausland bekommen, aufgrund eines russischen Gesetzes selbst als „westliche Agenten“ bezeichnen müssen, steigt die Angst vor Kooperationen mit dem Ausland. Immer weniger Institutionen wagen es, ausländischen Wissenschaftlern Visa zu geben.

Das Gespräch führte Mario Nagel.

---